

Datenschutzhinweise für die Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung

Seit dem 25. Mai 2018 gilt mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und in der Europäischen Union. Sowohl die DS-GVO, als auch insbesondere das Zehnte Buch Sozialgesetzbuch (SGB X), die Abgabenordnung (AO), das Wohngeldgesetz (WoGG) und die Wohngeldverordnung (WoGV) enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu Rechten von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Daher werden Sie auf Folgendes hingewiesen:

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher:

Stadtverwaltung Zwickau, Amt für Familie, Schule und Soziales, Postanschrift: PF 200933, 08009 Zwickau; Besucheranschrift: Rathaus, Hauptmarkt 1, 08056 Zwickau, E-Mail: familieschulesoziales@zwickau.de .

behördlicher Datenschutzbeauftragter:

Stadtverwaltung Zwickau, Datenschutzbeauftragter, Postanschrift: PF 200933, 08009 Zwickau; Besucheradresse: Hauptmarkt 1, 08056 Zwickau, E-Mail: datenschutz@zwickau.de .

2. Welche Daten werden verarbeitet?

Es werden folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet:

- Persönliche Angaben der antragstellenden Person, Haushaltsmitglieder, Kinder und/oder Beschäftigten bzw. im Auftrag tätigen Personen (z.B. Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Anschriften, Familienstand, Sorgerecht bei nicht verheirateten Eltern (alleiniges oder gemeinsames Sorgerecht, Bezeichnung der Organisation [Name Vereins- und Firmenname, Name der Kindertageseinrichtung/Kindertagespflegestelle und des Einrichtungsträgers], Schul- und Berufsabschluss sowie Bildungsstatus (Student/in, Berufsschüler/in, Fachschüler/in), E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Faxnummer);
- Für die Festsetzung von Beiträgen und/oder die Bewilligung von Leistungen erforderliche Informationen (z. B. Bankverbindungen, Informationen über Sozialleistungen [u.a. Kostenübernahmen, Absenkungsbeiträge, Bildungs- und Teilhabeleistungen, Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern], Art und Höhe von Vermögen [u.a. Sparguthaben, Lebensversicherungen] bzw. Einkommen);
- Krankheiten, Schwerbehinderung (Schwerbehindertengrad) und Impfstatus, von denen die Einrichtung Kenntnis haben muss (z. B. Allergien, Masernimpfung);
- Kontaktangaben des Haus-/Kinderarztes und Krankenkasse;
- Aufenthaltsstatus/Aufenthaltstitel bei Nicht-EU-Bürgern.

3. Aus welchen Quellen stammen die Daten?

Der Verantwortliche verarbeitet personenbezogene Daten, die er von der betroffenen Person selbst erhält. Darüber hinaus erhält er Daten von folgenden öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen:

- Nicht-öffentliche Stellen:
 - Vermieter und Hausverwaltungen;
 - Arbeitgeber-
- Öffentliche Stellen:
 - Die Finanzämter übermitteln Daten im Rahmen des automatisierten Datenabgleichs;
 - andere Behörden (z. B. Kommunen, Landkreise, Jobcenter, Polizei, Justiz);
 - andere Stellen (z. B. Meldebehörden, Ordnungsämter, Gerichte).

4. Auf welcher Rechtsgrundlage, zu welchem Zweck werden die Daten verarbeitet?

Soweit es für die Durchführung des Wohngeldgesetzes bzw. zur Ermittlung der für das Wohngeld maßgeblichen Verhältnisse im Einzelfall erforderlich ist, werden Ihre Daten manuell bzw. automatisiert verarbeitet (d. h. insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt; vgl. Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e und Artikel 4 Nr. 2 DS-GVO, §§ 67a ff. SGB X, § 23 WoGG). Das Amt für Familie, Schule und Soziales ist hierbei „Verantwortlicher“ im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 DS-GVO. Im Rahmen der freiwilligen sozialen Leistungen gilt Artikel 6 DSGVO i. V. m. §§ 67 ff. SGB X.

Soweit es für die Betreuung in einer Kindertageseinrichtung notwendig ist, werden Ihre Daten manuell bzw. automatisiert verarbeitet (d. h. insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt; vgl. Artikel 6 I b DSGVO i. V. m. SächsKitaG, §§ 22-24 SGB VIII i. V. m. SächsKitaG, §§ 67-85a SGB X, 61-68, 90 SGB VIII, 35 SGB I, §§ 10 ff. Beitrags- und Benutzungssatzung

für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Zwickau sowie für Kindertagespflege vom 09.11.2009 in der jeweils gültigen Fassung).

Soweit es für den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule notwendig ist, werden Ihre Daten manuell bzw. automatisiert verarbeitet (d. h. insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt; vgl. Artikel 6 DSGVO i. V. m. § 63a SächsSchulG). Dies gilt auch für die Jugendarbeit (vgl. Artikel 6 DSGVO i. V. m. §§ 61 ff. SGB VIII).

5. Wer ist Empfänger der Daten?

Innerhalb der Stadtverwaltung Zwickau erhalten nur die Personen und Stellen Ihre personenbezogenen Daten, die für die Abwicklung des Antragsverfahrens bzw. Dauer der Betreuung zuständig sind.

6. Erfolgt eine Übermittlung in Drittländer oder an internationale Organisationen?

Eine Übermittlung in Drittländer oder internationale Organisationen erfolgt nicht.

7. Wie lange werden die erhobenen personenbezogenen Daten gespeichert?

Personenbezogene Daten werden von der verantwortlichen Stelle gelöscht, wenn sie für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht mehr benötigt werden, die betroffene Person ihre Einwilligung, auf die die Verarbeitung gestützt wurde, widerrufen oder personenbezogene Daten unrechtmäßig erhoben wurden.

8. Welche Rechte haben Sie?

Wenn Sie eine **Auskunft** (Art. 15 DS-GVO) zu den zu Ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten wünschen, wenden Sie sich bitte an die verantwortliche Stelle. Sie können auch den Datenschutzbeauftragten zu Rate ziehen. Auf Wunsch wird Ihnen ein Auszug zu den zu Ihrer Person gespeicherten Daten zur Verfügung gestellt. Wenn Sie feststellen, dass zu Ihrer Person gespeicherte Daten fehlerhaft oder unvollständig sind, können Sie jederzeit die unverzügliche **Berichtigung** (Art. 16 DS-GVO) oder Vervollständigung dieser Daten verlangen.

Unter den Voraussetzungen des Art. 17 Abs. 1 DS-GVO besteht ein **Recht** der betroffenen Person, die **Löschung** personenbezogener Daten zu verlangen. Dieses Recht besteht jedoch nicht, wenn die (Weiter-)Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 17 Abs. 3 DS-GVO) oder für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke erforderlich ist (Art 17. Abs. 3 DS-GVO). Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DS-GVO können Sie eine **Einschränkung der Verarbeitung** Ihrer Daten verlangen. Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DS-GVO haben sie grundsätzlich ein **Recht auf Datenübertragbarkeit** und nach Art. 21 DS-GVO ein **Recht auf Widerspruch**.

Sollten Ihre personenbezogenen Daten aufgrund Ihrer ausdrücklichen **Einwilligung** verarbeitet (d. h. insbesondere erhoben) worden sein, können Sie diese Einwilligung jederzeit nach Art. 7 Abs. 3 DS-GVO widerrufen. Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf berührt.

Sollten Sie mit den Auskünften Ihrer verantwortlichen Stelle bzw. mit der von ihr vorgenommenen Verarbeitung personenbezogener Daten nicht einverstanden sein, können Sie sich mit einer **Beschwerde** an eine Aufsichtsbehörde, z. B. den Sächsischen Datenschutzbeauftragten oder den Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationssicherheit wenden.

Kontakt:

Sächsische Datenschutz- und Transparenzbeauftragte

Devrientstraße 5

01067 Dresden

Telefon: 0351/86471-101

E-Mail: saechsdsb@slt.sachsen.de

Postanschrift*: PF 11 01 32, 01330 Dresden

**Bitte verwenden Sie für Ihren Schriftwechsel nur die Postanschrift*

Kontakt:

Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Husarenstraße 30

53117 Bonn

Telefon: 0228/997799-0

Fax: 0228/997799-5550

9. Gibt es für die betroffene Person eine Pflicht zur Bereitstellung der Daten und welche Folgen hat es, wenn diese dieser Verpflichtung zur Bereitstellung nicht nachkommt?

Im Rahmen der Antragsverfahren müssen Sie die personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Entscheidung über den Antrag bzw. die Erfüllung der Aufgabe erforderlich sind.

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung und findet Profiling statt?

Eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall einschließlich Profiling gemäß Art. 22 DSGVO findet beim Verantwortlichen nicht statt.